

Einleitung

Eine umfängliche Darstellung der Erscheinungsformen, Ursachen, Folgen und Lösungsansätze globaler sozialer Ungleichheit stellt ein Ding der Unmöglichkeit dar. Darum kann und soll es hier in diesem Buch auch nicht gehen. Vielmehr soll versucht werden, zunächst in die zentralen Begriffe und wissenschaftlichen Diskurse im Zusammenhang mit sozialer globaler Ungleichheit einzuführen. Dafür ist es notwendig, zunächst etwas auszuholen und die *globalen Perspektiven* in der Theoriesgeschichte der Soziologie im Allgemeinen exemplarisch zu betrachten. Gleiches gilt für die Darstellung der *Theoriesgeschichte zur sozialen Ungleichheit*, die in der Soziologie einen der fundamentalen Topoi darstellt. Diese Darstellung kann hier nur äußerst knapp ausfallen. In einem nächsten Schritt werden einige der wichtigsten Beiträge zur *globalen sozialen Ungleichheit* erläutert, die seit Ende des 20. Jahrhunderts geliefert wurden.

Weiterhin geht es darum zu erläutern, welche Erscheinungsformen globaler sozialer Ungleichheit existieren. Als Grundlage hierfür dienen die Global Sustainable Goals (SDGs) der Vereinten Nationen, die wie kein anderes vergleichbares Dokument verschiedenste Facetten globaler sozialer Ungleichheit benennen. Dabei kann es nur um einen exemplarischen Ausschnitt gehen. Soziale Ungleichheit ist ein vielgestaltiges Phänomen, das in der ganzen Welt zu beobachten ist. Und es ist gleichzeitig ein Phänomen, das global bekämpft wird. So lautet eines der 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) der Vereinten Nationen kurz und knapp »Weniger Ungleichheiten«. Dieses Ziel soll ebenso wie die anderen 16 Ziele bis zum Jahr 2030 erreicht werden und bezieht sich explizit darauf, dass dies weltweit umgesetzt werden soll. Von großer Bedeutung ist die Konkretisierung, die im SDG 10 vorgenommen wird. Dort heißt es »Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern« (Vereinte Nationen 2015, S. 22). Damit wird deutlich, dass hier verschiedene Ebenen der Ungleichheit angesprochen werden. Neben der innerstaatlichen Ungleichheit werden hier sowohl internationale als auch globale Ungleichheit adressiert. *Internationale Ungleichheit* bezieht sich auf Unterschiede *zwischen Ländern*. Hier werden durchschnittliche Pro-Kopf-Ressourcen wie Einkommen, Vermögen, Gesundheitsversorgung, Bildungsbeteiligung etc. auf der Ebene einzelner Staaten miteinander verglichen. Dabei werden die aggregierten Daten von Nationalstaaten miteinander verglichen. So liegt beispielsweise das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland mehr als dreimal so hoch wie das in Chile, folglich liegt hier eine internationale Ungleichheit vor. *Globale Ungleichheit* nimmt hingegen Vergleiche *zwischen Bürger*innen* verschiedener Staaten über Ländergrenzen hinweg vor. Die Annahme, dass Frauen weltweit weniger verdienen als Männer, bezieht sich nicht auf einzelne Staaten, sondern auf

Personen, daher wird hier von globaler Ungleichheit gesprochen. Diese Unterscheidung ist vor allem dann wichtig, wenn es darum geht, verschiedene Bevölkerungsgruppen in den Fokus zu nehmen (vgl. Weitner 2011, S. 2). In empirischen Statistiken zu Ungleichheiten im Weltmaßstab wird allerdings häufig auf Daten auf nationalstaatlicher Ebene zurückgegriffen. Zugleich sind die beiden Ebenen nicht immer trennscharf, insbesondere dann, wenn nicht ausschließlich Länder miteinander verglichen werden, sondern Ländergruppen. Dabei ist es unübersehbar, dass Globalisierungsprozesse dazu führen, dass Phänomene sozialer Ungleichheit in immer komplexerer Art und Weise grenzüberschreitend miteinander verflochten sind.

Beispiele hierfür sind Armut, Hunger und Ernährung sowie Einkommensungleichheit, aber auch Bildung oder Gesundheit. Von grundlegender Bedeutung ist die Dimension des Geschlechts, die im Zusammenhang mit den soeben genannten Beispielen eine große Rolle spielt. Bei jeder dieser Ungleichheitsdimensionen lässt sich eine vergleichende internationale Perspektive einnehmen, die Staaten bzw. Weltregionen betrachtet und diese miteinander vergleicht. So kann beispielsweise die Aussage getroffen werden, dass der prozentuale Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, in Afrika höher ist als in Europa. Es kann auch konstatiert werden, dass in Namibia relativ betrachtet weniger Menschen in extremer Armut leben als in der Zentralafrikanischen Republik. Allerdings sind diese Aussagen allein nicht aussagekräftig genug, um ein vollständiges Bild zur Armutssituation zu erhalten. Hierzu ist es wichtig, die innerstaatliche bzw. regionale Perspektive mit einzubeziehen. So ist es von großer Bedeutung, Kenntnis darüber zu erhalten, in welchen Regionen innerhalb eines Landes Menschen mehr oder weniger von Armut betroffen sind, und hierfür auch die Ursachen zu ermitteln. In diesem Zusammenhang ist es auch bedeutsam mit einzubeziehen, ob transnationale Prozesse hier Einfluss nehmen, wie beispielsweise Grenzkonflikte, die dazu führen, dass die Zerstörung der Infrastruktur zur Verarmung der dort lebenden Bevölkerung führt.

Das Manuskript dieses Buches wurde im Sommer 2022 abgeschlossen, sodass auf die Auswirkungen des Krieges Russlands gegen die Ukraine auf die globale Ungleichheit nur rudimentär eingegangen werden kann.

Bevor auf die verschiedenen Ungleichheitsdimensionen eingegangen wird, werden in den folgenden Kapiteln zunächst theoretische Aspekte erläutert.

1 Globale Perspektiven in der Soziologie

In der Soziologie war die globale Perspektive lange unterrepräsentiert, was vor allem wissenschaftshistorische Gründe hat. Traditionell hatte sich die Soziologie der Beschreibung und Analyse von gesellschaftlichen Phänomenen wie Gruppen, Gemeinschaften und Gesellschaften verschrieben und dabei selten über nationale Grenzen hinaus gedacht. Bevor ausgewählte soziologische Ansätze vorgestellt werden, sollen zunächst im Folgenden grundlegende Begriffe erläutert werden.

1.1 Sozialräumliche Perspektiven

Was ist damit gemeint, wenn Ungleichheit als »global« bezeichnet wird? In der Alltagssprache wird der Begriff »global« für die Beschreibung eines weltumspannenden Phänomens verwendet. Allerdings ist aus soziologischer Perspektive »die Welt« als Ganzes schwer zu fassen, denn sie ist untergliedert, besteht aus einzelnen Teilen und Elementen, die miteinander in Beziehung stehen (vgl. Löw 2008, S. 195 ff.). Diese sind höchst vielgestaltig und können materiell gemeint sein, aber auch symbolisch, sie können etwas Konkretes oder etwas Abstraktes bezeichnen.

Zunächst einmal erfordert die Betrachtung globaler sozialer Ungleichheit den Einbezug der *räumlichen* Dimension. In den Sozialwissenschaften werden in diesem Zusammenhang verschiedene Perspektiven unterschieden, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

International

Der Begriff »international« bezieht sich auf das Verhältnis von Nationalstaaten zueinander, wobei er ursprünglich aus der Rechtsphilosophie kommt. Geprägt hat diesen Begriff Jeremy Bentham in seiner 1789 publizierte Schrift »An Introduction to the Principles of Morals and Legislation«. Als Begründung für diese neue Wortschöpfung führt er an, dass er mit dem Begriff »Recht der Nationen« unzufrieden war und mit dem Ausdruck »international« eine bessere und präzisere Formulierung gefunden habe (vgl. Hoogensen 2005, S. 17).

Heute wird der Begriff sowohl in der Alltagssprache als auch in der Wissenschaft ständig verwendet und hat folglich auch in den Sozialwissenschaften seinen festen Platz.

So ist innerhalb der Politikwissenschaft ein eigenes Teilgebiet etabliert, das sich mit internationalen Fragen befasst. Das Fach Internationale Beziehungen (IB) stellt ein zunehmend ausdifferenziertes Gebiet dar und unterscheidet zwischen verschiedenen thematischen Schwerpunkten wie z. B. internationaler Politik oder internationaler politischer Ökonomie (vgl. Krell, Schlotter 2018, S. 31).

Die Internationalen Beziehungen sind als wissenschaftliche Disziplin als Reaktion auf den Ersten Weltkrieg entstanden mit dem erklärten Ziel, künftige Kriege zu verhindern und die Beziehungen von Staaten zueinander zu erforschen. Als Gründungsjahr wird in der Literatur 1919 benannt, als auf der Pariser Friedenskonferenz Großbritannien und Frankreich verabredeten, jeweils ein Institut zur Erforschung der internationalen Beziehungen zu errichten. Auch in den USA erfolgte in dieser Zeit die Gründung eines solchen Institutes, in den Folgejahren gab es Gründungen u. a. in Deutschland und in der Schweiz (vgl. Gu 2018, S. 30f.).

Kennzeichnend für die Internationalen Beziehungen ist eine große Bandbreite heterogener und konkurrierender Theorieansätze. Charakteristisch ist hierbei, dass die Theorien der Internationalen Beziehungen i. d. R. die Systemebene in den Fokus nehmen. Dies bedeutet, dass hier Staaten, Regimes, Organisationen und ähnliche Strukturen betrachtet werden. Die gesellschaftliche Ebene, die aus soziologischer Sicht zentral ist, findet hingegen aus der Perspektive der Internationalen Beziehungen kaum Beachtung.

In der Soziologie hingegen findet der Begriff »International« keine systematische Verwendung im Sinne eines eigenen Fachs. Dies lässt sich mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der Soziologie erklären. So ist die Soziologie als Wissenschaftsdisziplin in einer Epoche entstanden, die als die »Blütezeit der europäischen Nationalstaaten« (Weiß 2017, S. 12) bezeichnet werden kann. Die Gleichsetzung von Gesellschaft und Nationalstaat war hier naheliegend und wurde als selbstverständlich angenommen. Dabei wurde unterstellt, dass Nationalstaaten weltweit ähnlich strukturiert sind und folglich ihre Bevölkerungen als singuläre Gesellschaft betrachtet werden können. Hier wurden historisch abweichende Entwicklungen, wie etwa im Globalen Süden, ignoriert (vgl. Wittmann 2014, S. 78). Die Kritik an dieser Perspektive wird in der Soziologie als methodologischer Nationalismus bezeichnet und verdeutlicht, dass jenseits des Nationalstaates gesellschaftliche Prozesse zu beobachten sind, die sowohl andere Analyseinstrumente, aber auch andere Begriffe erfordern (vgl. Weiß 2017, S. 13).

Global

Der Begriff des Globalen ist in den Sozialwissenschaften seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts in vielfältiger Weise präsent. Dabei wird er i. d. R. prozesshaft verwendet, um zu verdeutlichen, dass Globalisierung ein ständig fortschreitendes Phänomen ist und kein statischer Zustand. Ulrich Beck sieht neben dem Prozess der Globalisierung aber auch die Zustandsbeschreibung der Globalität, mit der be-

schrieben werden soll, dass soziale Räume – wie z. B. Nationalstaaten – nicht mehr voneinander abgeschottet sind (vgl. Beck 1997; vgl. Hüther et al. 2019, S. 14f.).

Grundsätzlich versucht der Begriff der Globalisierung zu beschreiben, dass es eine Ausweitung, eine Verbreitung oder eine Verteilung von Personen, Dingen, Ideen etc. über einen Ort hinweg gibt – im äußersten Fall weltweit. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Komplexität des Prozesses, der nicht nur Verflechtungen von Ländern und Regionen mit sich bringt, sondern auch gegenseitige Abhängigkeiten.

In der Politikwissenschaft wird unterschieden, ob diese Prozesse von einem Land ausgehen, was als monadischer Ansatz beschrieben wird. Wird der Ausgang dieser Prozesse nicht bezogen auf ein Land, sondern auf mehrere Akteure bezogen, so spricht man von einem diffusionalen Ansatz (vgl. Jahn 2016, S. 862). Dabei spielen neben Nationalstaaten auch nichtstaatliche Akteure wie NGOs, soziale Bewegungen, aber auch Wirtschaftsunternehmen eine Rolle. Daneben sind hier auch supra-staatliche Organisationen wie z. B. die Europäische Union oder die Afrikanische Union sowie intergouvernementale Akteure wie die Vereinten Nationen (UN) oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE, englisch OECD) zu nennen.

Obwohl der Begriff der Globalisierung erst seit einigen Jahrzehnten verwendet wird, handelt es sich um ein Phänomen, das geschichtlich betrachtet alles andere als neu ist. Je nach Sichtweise werden verschiedene Phasen der Globalisierung unterschieden, wobei die Kolonialisierung der Welt seit dem 16. Jahrhundert als ganz entscheidender Auslöser für eine erste Globalisierungswelle betrachtet wird. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand eine Weltwirtschaft, in der es nicht nur zum globalen Handel kam, sondern auch erste Migrationsprozesse in Gang gesetzt wurden (vgl. Altvater, Mahnkopf 2007, S. 54ff.). Mit dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Kolonialmächte endete diese Phase (vgl. Jahn 2016, S. 863).

Das Ende des Zweiten Weltkriegs markiert den Startpunkt für eine zweite Globalisierungswelle, die zunächst allerdings nur in industrialisierten Ländern vonstattenging. Europa stellt hier einen Schwerpunkt dar, denn hier wurden ab dem Ende der fünfziger Jahre in großem Stil Arbeitsmigration gefördert, um dem wachsenden Bedarf in der Wirtschaft gerecht zu werden. Gleichzeitig fielen inner-europäisch Zollschranken und der weltweite Handel wurde erleichtert. Einen erneuten Schub erhielt diese Globalisierungswelle mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, der das Ende der Systemkonkurrenz zwischen Staatsozialismus und freier Marktwirtschaft einläutete (vgl. Lessenich 2017, S. 374). In den Folgejahren etablierte sich der globale Kapitalismus als dominierende Wirtschaftsordnung weltweit mit wenigen Ausnahmen. Der globale Süden wird von diesen Entwicklungen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts noch wenig erfasst, insbesondere bleibt Afrika zunächst außen vor (vgl. Jahn 2016, S. 863).

Globalisierung ist nicht auf eine Dimension beschränkt, sondern läuft in sämtlichen Bereichen wie Wirtschaft und Technik, Politik, Kultur und Kommunikation ab (vgl. Kessler, Steiner 2009). Für die Betrachtung sozialer Ungleichheit sind alle diese Bereiche von Belang, wenngleich sie auch in jeweils unterschiedlicher Weise auf deren Entstehung, Verfestigung – oder aber auch auf deren Abbau – Einfluss nehmen können.

Transnational

Der Begriff der Transnationalisierung wird seit den 1990er Jahren verwendet und beschreibt »grenzüberschreitende Phänomene und Entwicklungen« (vgl. Pries 2010, S. 9). Damit wird deutlich, dass über nationale Grenzen hinweg gedacht wird, aber dabei nicht die jeweiligen Staaten im Fokus der vergleichenden Betrachtung stehen, wie dies für die internationale Perspektive kennzeichnend ist. Daraus hat sich mit den »Transnational Studies« eine Forschungsrichtung entwickelt, »die Raum nicht notwendig als ein Kontinuum im Container des Nationalstaats konzipiert« (Seeliger 2019, S. 55). Damit wird deutlich, dass die transnationale Perspektive die nationalstaatliche Ebene überschreitet, indem sie sozialräumliche Strukturen jenseits eben dieses Containers mit einbezieht.

Die Betrachtung sozialer Ungleichheit jenseits staatlicher Grenzen bedeutet nicht nur, dass sich die Perspektive zwangsläufig vergrößert – sie muss sich auch verkleinern können, insofern regionale Disparitäten in einigen Teilen der Welt auftreten können. Daher sind die (welt-)regionale und auch die lokale Perspektive ebenfalls von großer Bedeutung, die den Blick auf räumlich begrenzte Teile der Welt werfen. Diese können lokale Räume ganzer Kontinente betreffen, sie können aber auch einen bestimmten geographischen Raum innerhalb eines Kontinents meinen – oder aber einen sich innerhalb eines Nationalstaates befindlichen Raums. Insofern »unterschreitet« die transnationale Perspektive gleichsam die nationalstaatliche Ebene, indem regionale oder lokale Sozialräume ebenfalls betrachtet werden. Seien es nun nationale Grenzen überschreitende Regionen oder Lebensformen wie binationale Familien, die nicht nur in verschiedenen Nationalstaaten Wurzeln haben, sondern in diesen jeweils auch in jeweils unterschiedlicher Weise lokale Bindungen haben. Gleiches gilt auch auf der individuellen, biographieanalytischen Ebene von Menschen, die im Laufe ihres Lebens migrieren.

»Vor diesem Hintergrund können wir transnationale Sozialräume als plurilokale Bezugsrahmen definieren, die Alltagspraktiken, soziale Positionierung, (erwerbs-)biografische Projekte und menschliche Identitäten im Allgemeinen jenseits der sozialen Kontexte nationaler Gesellschaften strukturieren« (Seeliger 2019, S. 67).

1.2 Weltgesellschaft

Lange bevor der Begriff der Globalisierung geläufig wurde, führte Niklas Luhmann das Konzept der Weltgesellschaft ein (vgl. Luhmann 1987, S. 585). Darunter versteht Luhmann das »umfassendste System menschlichen Zusammenlebens« (Wittmann 2014, S. 129).

Dabei ist dieses Konzept der Weltgesellschaft in den Ansatz der Systemtheorie eingebettet, der Gesellschaft als ein System versteht, das sich in verschiedene Funktionssysteme ausdifferenziert. Diese Funktionssysteme entstehen durch Infor-

mationsaustausch, d. h. durch Kommunikation, wodurch sie auch aufrechterhalten werden. Beispiele für Funktionssysteme sind Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft und Politik. Gesellschaft ist in diesem Sinne ein Sozialsystem, das aus kommunikativen Handlungen besteht und letztlich aus nichts anderem. Und da diese Kommunikation weltweit geschieht, gibt es für Luhmann nur eine einzige Form der Gesellschaft – nämlich die Weltgesellschaft (vgl. Stichweh 2000, S. 31). Weltgesellschaft ist in der Luhmannschen Systemtheorie folglich ein sehr abstrakter Begriff.

Kommunikation macht aus dieser Sichtweise nicht an Grenzen – seien es nationalstaatliche oder andere – halt, sondern sie ist weltweit verflochten und aufeinander bezogen.

Die Funktionssysteme, wie z. B. Politik, sind aus dieser Sichtweise nicht mehr passgenau in eine Einheit einzufügen, sondern überschreiten diesen Raum durch die Möglichkeit der weltweiten Kommunikation (vgl. Seeliger 2019, S. 16). Jedes dieser Funktionssysteme hat eine eigene Form von Kommunikation und diese »Sonderkommunikationen intensivieren sich und dehnen sich ohne Rücksicht auf die Grenzen national organisierter politischer Systeme aus.« (Stickler 2005, S. 243).

Gesellschaft – und damit auch Weltgesellschaft – ist für Luhmann funktional differenziert, d. h., sie ist durch ein Nebeneinander von Funktionen strukturiert, nicht aber durch ein Oben und Unten. Soziale Ungleichheit im Sinne einer Schichtung oder im Sinne von Klassen kann zwar innerhalb der Funktionssysteme vorkommen, spielt aber bei der Gesamtbetrachtung der Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle. Da die Gesellschaft als ein Nebeneinander von Systemen betrachtet wird, die die gesamte (Welt-)Gesellschaft strukturieren, ging Luhmann zunächst von »Vollinklusion« aus. Damit ist gemeint, dass jede Person auf der Welt in irgendeiner Weise kommuniziert und damit einem Funktionssystem zuzuordnen ist. Damit unterstellte Luhmann, dass es nicht zu einem Kommunikationsabbruch – und damit zur Exklusion kommen könne. Diese Ansicht relativierte Luhmann später, als er einräumte, dass eine Person innerhalb eines Systems tatsächlich »unsichtbar« werden kann. So kann eine Person zu einem Funktionssystem keinen Zugang haben, weil sie z. B. keine Arbeit, keine Wohnung, kein Geld, keine Verständigungsmöglichkeit etc. hat (vgl. Nassehi 2004a, S. 111). Damit wird aber deutlich, dass soziale Ungleichheit aus der Perspektive der Luhmannschen Systemtheorie quasi nur als Ausnahmesituation gedacht wird. Es ist nicht möglich, »soziale Ungleichheit über den Extremfall radikaler Exklusion hinaus zu thematisieren« (Nassehi 2004b, S. 329).

1.3 Weltkultur

Der Ansatz der Weltkultur (im Englischen World Polity) geht davon aus, dass sich zunehmend weltweit eine kulturelle Ordnung herausbildet, die ihren Ausgangspunkt in der westlichen Gesellschaft hat. In Absetzung von ökonomisch orientierten Globalisierungstheorien wird hier davon ausgegangen, dass nicht vornehmlich

wirtschaftliche Austauschbeziehungen, sondern »ein hoch institutionalisiertes System struktureller und kultureller Regeln« (Wobbe 2000, S. 27) die Welt strukturiert.

Dieser Ansatz wurde von einer Forschungsgruppe um den US-amerikanischen Soziologen John Meyer an der Stanford University entwickelt und geht davon aus, dass es global zu einer zunehmenden Konvergenz von Strukturen und Organisationen kommt. Dabei dienen die westlichen Länder als weltweites Bezugssystem, deren Institutionen Impulse geben, um eine Weltkultur zu schaffen. Wichtig ist, dass als Weltkultur nicht eine von den westlichen Ländern vorgegebene Kultur gilt, sondern neben nationalstaatlichen Akteuren internationale Nichtregierungsorganisationen, internationale wissenschaftliche Gemeinschaften sowie zwischenstaatliche Organisationen gemeinsam diese Weltkultur schaffen. Unter Weltkultur werden »global institutionalisierte, allgemeine und universalistische Regeln« verstanden (Adick 2009, S. 269). Diese Regeln können als globale Modelle verstanden werden, die durch die Interaktion von Staaten und globalen Organisationen einen Referenzrahmen schaffen.

Meyer stellte fest, dass es in verschiedenen Politikfeldern in sehr unterschiedlichen Staaten weltweit zur Etablierung ähnlicher Strukturen kam, ohne dass gleichzeitig eine Verringerung von Einkommensungleichheiten zwischen diesen Staaten zu beobachten war. Ein Beispiel hierfür sind Bildungssysteme, bei denen es zwischen den 1950er und 1970er Jahren zu einer weltweiten Bildungsrevolution kam. Diese ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert gewesen: So kam es nicht nur zu einem massiven Ausbau von Bildungseinrichtungen im globalen Ausmaß, sondern es ließen sich gleichzeitig auch noch Strukturähnlichkeiten aller Bildungssysteme in Bezug auf deren Aufbau und Gliederung nachweisen (vgl. Wobbe 2000, S. 28).

Neben dem genannten Beispiel der Bildungssysteme lassen sich ähnliche Entwicklungen auch für Regierungssysteme oder die Implementierung geschlechterdemokratischer Gleichstellung zeigen. Auch hier gibt es Tendenzen, dass sich Strukturen in diesen Bereichen weltweit einander zunehmend annähern (vgl. Seeliger 2019, S. 19). Weitere Beispiele sind Menschenrechte, Demokratie, liberale Wirtschaft und Nachhaltigkeit (vgl. Korff 2016, S. 97). Bedeutsam ist hier, dass der Anstoß zur Etablierung dieser Strukturen und Modelle von außen kam, d. h., »dass nationalstaatliche Entwicklungen durch exogene Faktoren induziert sind« (Wobbe 2000, S. 28).

Der Bezug auf diese globalen Modelle ermöglicht es, dass es zu einer globalen Konvergenz oder sogar Isomorphie kommen kann, insofern es einen Konsens internationaler Organisationen und deren Mitgliedsstaaten hinsichtlich dieser globalen Modelle gibt.

Allerdings bedeutet dies nicht automatisch, dass sich innerhalb eines Staates eben diese globalen Modelle auch durchsetzen – dies ist kein Automatismus. »Über den Bezug auf globale Modelle legitimieren sich die Organisationen untereinander, während die interne Legitimation davon wenig berührt wird« (Korff 2016, S. 98). Daran wird deutlich, dass globale Entwicklungen einerseits und (sub-)nationale Entwicklungen andererseits aus der Perspektive des Weltkultur-Ansatzes sich einander widersprechen können.

Im World Polity-Ansatz sind allerdings Inhomogenitäten – und damit soziale Ungleichheit – nachrangig. Der soziökonomische Status von Personen findet kaum Beachtung, sondern deren Rolle als »Akteur zur Diffusion kultureller Muster, also der World-Polity« (Wittmann 2014, S. 291). Wichtig sind aus dieser Perspektive Ähnlichkeiten und nicht Ungleichheiten. So wird in Bezug auf Bildung beispielsweise lediglich »ein ›anderes Klassenzimmer« in Afrika benannt, welches jedoch nicht hinsichtlich schlechter Infrastruktur beschrieben wird, sondern hinsichtlich kultureller Muster« (Wittmann 2014, S. 291).

1.4 Weltsystem

Unter dem Weltsystem versteht Immanuel Wallerstein, der als wichtigster Begründer dieses Ansatzes gilt, die kapitalistisch organisierte Weltwirtschaft, die mit dem Kolonialismus Spaniens und Portugals Mitte des 15. Jahrhunderts nach und nach entstanden ist. Wenngleich damit deutlich wird, dass die ökonomischen Verhältnisse einen wichtigen Aspekt im Weltsystem-Ansatz bilden, so nimmt er doch insgesamt eine holistische Perspektive ein (vgl. Schmalz 2016, S. 56). Im Fokus stehen zum einen räumliche Abhängigkeitsbeziehungen und zum anderen langfristige Entwicklungstrends des globalisierten Kapitalismus. Von großer Bedeutung ist die räumlich ungleiche Strukturierung der Welt, die in drei verschiedene Zonen eingeteilt wird. Diese werden als Zentrum, Semiperipherie und Peripherie bezeichnet und nehmen in der internationalen Arbeitsteilung jeweils eine unterschiedliche Funktion wahr.

Die Zuordnung eines Landes zu einer dieser drei Zonen hängt davon ab, wie die Produktivität und Rentabilität von Produkten und Produktionsverfahren sind. Sind diese von einem hohen Grad der Monopolisierung gekennzeichnet, können damit hohe Gewinne erzielt werden. Damit werden sie auch nach Ansicht Wallersteins hoch rentabel sein – und dem Zentrum im Weltsystem zugeordnet. Sind im Gegensatz dazu Produktionsverfahren hoch kompetitiv, dann sind die dort erzielbaren Gewinne niedrig und demzufolge auch wenig rentabel. Länder, in denen diese Form der Produktionsverfahren dominieren, werden der Peripherie zugeordnet (vgl. Gu 2018, S. 289). Die Semiperipherie stellt eine »Mittelschicht der Weltwirtschaft« (Schmalz 2019, S. 257) dar, in der Länder erfasst werden, in denen sowohl monopolisierte Produktionsverfahren, die für das Zentrum typisch sind, als auch kompetitive Produktionsverfahren existieren, die für die Peripherie kennzeichnend sind (vgl. Gu 2018, S. 289). Die Rolle der Semiperipherie für das Weltsystem liegt vor allem darin, dass sie die krassen Gegensätze zwischen Zentrum und Peripherie abmildert und so insgesamt zur politischen Stabilisierung beiträgt (vgl. Schmalz 2016, S. 257). Obwohl der Ausgangspunkt für die Zuordnung zu einer der drei Zonen die Produktionsverhältnisse sind und diese damit aus einer ökonomischen Perspektive geschieht, spielen politische Aspekte eine große Rolle. Diese sind vor allem auch für die Aufrechterhaltung der globalen Polarisierung bedeutsam.

Länder, die dem Zentrum zugeordnet werden, verfügen über leistungsfähige staatliche Institutionen und Regierungen. Der Bevölkerung ihres Landes können diese Staaten einen relativ hohen Wohlstand zusichern und außenpolitisch sind sie in der Lage, sich notfalls auch militärisch gegen periphere oder semiperiphere Länder zu verteidigen (vgl. Schmalz 2019, S. 58). Länder in der Zone der Semiperipherie sind außenpolitisch schwach und können ihren Bürger*innen keinen Wohlstand garantieren, sind aber in der Lage, entwicklungspolitische Projekte durchzusetzen. Dieses ist den der Peripherie zugeordneten Ländern nicht möglich, da sie auch innenpolitisch zu schwach sind. Sie verfügen nicht über einen leistungsfähigen Staatsapparat und sind nicht in der Lage, innere Konflikte zu befrieden (vgl. Schmalz 2019, S. 58 f.).

Reinhard Kreckel griff 1992 die Begrifflichkeit von Zentrum und Peripherie in seinem Ansatz zur sozialen Ungleichheit auf. Damit entwickelt er eine Perspektive, die sich von einem vertikalen Gesellschaftsbild zu lösen versucht. Dabei versteht er unter peripheren Lagen »strukturell verankerte Bedingungskonstellationen« (Kreckel 1992, S. 43). Diese Konstellationen beziehen sich auf die Bevölkerung, von der ein Anteil im Zentrum steht in Bezug auf Partizipation, Macht und Einfluss, und ein anderer Anteil an der Peripherie, dessen Partizipationsmöglichkeiten und Einflussnahme gering ist. Bezogen auf die globale Ebene bedeutet dies, dass hier nicht Länder in das Schema Zentrum – Peripherie eingeordnet werden, sondern soziale Gruppen. Menschen mit einem guten und sicheren Zugang zu gesundheitlichen Dienstleistungen befinden sich demnach im Zentrum, während diejenigen, die keine oder nur unzureichend medizinische Hilfe in Anspruch nehmen können, an der Peripherie sind.

1.5 Weltrisikogesellschaft

Die Entgrenzung von Risiken, die für die gesamte Menschheit zur Bedrohung werden können, ist der Ausgangspunkt der Überlegungen von Ulrich Beck. Im Kontext seiner Theorie der reflexiven Modernisierung konstatiert Beck, dass der Nationalstaat, der in der »Ersten Moderne« bis Mitte des 20. Jahrhunderts als ein zentrales Strukturprinzip fungierte, an Bedeutung verloren hat (vgl. Seeliger 2019, S. 22). In der »Zweiten Moderne« erweist sich die Interdependenz von Risiken als unausweichlich, die die gesamte Menschheit betreffen. Hier unterscheidet Beck unterschiedliche Konfliktachsen, die er als ökologische, ökonomische und terroristische Interdependenzrisiken bezeichnet (vgl. Beck 2004, S. 37). Die Erkenntnis, dass diese Risiken weder ausschließlich lokal entstehen noch im Rahmen enger Grenzen bewältigbar sind, wird der Menschheit gewissermaßen auferlegt und führt zu einer »erzwungenen Aufklärung«, die Beck als »kosmopolitisches Moment« (Beck 2007, S. 94 f.) bezeichnet. Damit fordert Beck einen kosmopolitischen Blick auf Risiken, deren Entgrenzung er an drei Dimensionen festmacht. So sieht er zunächst die räumliche Entgrenzung, die sich vor allem an ökologischen Risiken wie